

Auch im zwölften Monat nach Kriegsbeginn stellt hierzulande kaum jemand ernsthaft die Frage zu »Schuld« und »Verantwortung« für die Ukraine-Krise. Sie gilt seit dem russischen Angriff am 24. Februar 2022 als entschieden, ja schon seit dem sogenannten Euromaidan 2013/14.

Die »Willy-Brandt-Chance«, Vermittlerin im russisch-ukrainischen Krieg zu werden und in die Geschichte als Friedensstifterin einzugehen, hat die Berliner Ampelkoalition ignoriert. In Dissidenz zur »amtierenden Weltmacht« USA (FAZ, 6.2.2023) waren die Möglichkeiten dazu vielleicht auch gering. Zumindest wurde, soweit erkennbar, zu keinem Zeitpunkt ernsthaft erwogen, sich schlichtend einzuschalten und realistische Lösungen zu präsentieren. Im Gegenteil.

Vertane Chancen

Bereits die ergebnislosen, letztlich enttäuschenden Auftritte von Olaf Scholz und Emmanuel Macron bei Wladimir Putin in Moskau im Februar 2022 deuteten darauf hin, dass Berlin und Paris – immerhin westliche Hauptbeteiligte am »Minsk II«-Prozess und gewichtige NATO-Mitglieder – nur wenig anbieten wollten oder anzubieten hatten. Bei den strittigen Krisenthemen wie Ostukraine, NATO-Mitgliedschaft Kiews und Russlands Sicherheitsinteressen kam es zu

NATO-Mitgliedschaft verzichtet und die russische Armee sich im Gegenzug »auf die Linien vor dem Einmarsch zurückgezogen«.

Diese Information bestätigte in seinem Beitrag auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz auch der russische Politiker Nikolai Platoschkin: »Der Vertrag war eigentlich schon unterschriftsreif.« Und der damalige israelische Premier Naftali Bennett, im März 2022 unterwegs in diplomatischer Mission bei allen Beteiligten, sagte jüngst in einem Videointerview: »Ich hatte damals den Eindruck, dass beide Seiten großes Interesse an einem Waffenstillstand hatten.« Die Kontrahenten hätten sich bewegt und wichtige Zugeständnisse gemacht, doch vor allem Großbritannien und die USA hätten den Prozess beendet und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt, schreibt der Autor und Dramaturg Fabian Scheidler in der *Berliner Zeitung* vom 6. Februar. Auf die Frage, ob der Westen die Initiative »blockiert« habe, meinte Bennett: »Im Grunde genommen, ja. Sie haben es blockiert, und ich dachte, sie hätten unrecht.« Sein Fazit: »Ich behaupte, dass es eine gute Chance auf einen Waffenstillstand gab, wenn sie ihn nicht verhindert hätten.«

Boris Johnson, ein durchgeknallt wirkender Yuppie und Bourgeois, begab sich jedenfalls Anfang April 2022 in seiner Funktion als britischer Premier nach Kiew, um eine friedliche Lösung zu verhindern. Ob der Westen kollektiv oder gedrängt von den USA und deren willfährigen

Frieden? Kein Interesse

Der kollektive Westen, die deutsche Regierung und ihre Beteiligung am Krieg in der Ukraine. **Von Gerd Schumann**

keiner Annäherung. Ob die überhaupt gewünscht war, lässt sich bezweifeln, und das nicht nur wegen jüngst gemachter enthüllender Äußerungen von ehemals beteiligten Spitzenpolitikern wie Angela Merkel und Boris Johnson, die einen Einblick in die Ukraine-Strategie des Westens offenbarten.

In den ersten Kriegswochen 2022 sah nach manchem danach aus, als könnte es zu substantiellen Verhandlungen kommen. Hoffnung gaben die Treffen beider kriegführenden Parteien. Jenseits des Kampfgeschehens schien ein unbedingtes Muss zu existieren, im Gespräch zu bleiben und alle Kanäle dafür zu nutzen. Schließlich wurde in Istanbul, wie inzwischen mehrere Quellen belegen, offensichtlich ein Kompromiss für einen Waffenstillstand und eine friedliche Lösung erreicht oder stand zumindest unmittelbar bevor.

Dann betrat Boris Johnson die Szene. Dieser sei, wusste die FAZ Anfang Februar 2023 zu berichten, »im Umfeld der Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau als erster Regierungschef der G7 zu einem »Überraschungsbesuch« in die Ukraine gereist«, wo er dem Vernehmen nach eine entschiedene weitere Aufrüstung des Landes zusicherte, was wiederum die ukrainische Führung animierte, den Vertrag ad acta zu legen und auf »Sieg« zu setzen.

Nach vielen Gerüchten hat es nahezu ein Jahr gedauert, bis die Kunde von den Vorgängen durchdrang. Tatsachen und Hintergründe wurden, wenn auch bis heute nur scheinbar, bekannt. So gestand jüngst der »Sicherheitsexperte« der Bundeswehr-Hochschule in München, Carlo Masala, im Streitgespräch mit Sahra Wagenknecht (*Spiegel*, 2/2023) immerhin zu, dass es seines Wissens im März 2022 zwar »keinen ausgehandelten Vertrag« gegeben habe, jedoch eine »Einigung über die Neutralität« der Ukraine. Demnach hätte, so Wagenknecht dann erläuternd, die Ukraine auf eine

Anhängern in London entschied, wie Bennetts Eindruck vermuten lässt, bleibt offen. Überhaupt bezweifeln noch immer »viele Fachleute«, so die FAZ, dass Johnson tatsächlich im Namen der NATO-Falken »einen Verhandlungsdurchbruch in Istanbul sabotiert« habe. Doch wahrscheinlich werde er »nicht bis zur Veröffentlichung seiner Memoiren warten, bis er auch zu dieser Kontroverse seine Wahrheit beisteuert«, baut die Zeitung weiteren Enthüllungen vor.

Schließlich könnte Johnson, inzwischen Expremier und Promoter seiner angekündigten Memoiren, weitere Interna preisgeben. Er besitzt »bis heute enge persönliche Beziehungen« zu Wladimir Selenskiy, ist Träger des höchsten ukrainischen Ehrenabzeichens. Noch im Januar 2023 wurde er persönlich vom Präsidenten in Kiew empfangen und »mit einem persönlichen Dankesvideo verabschiedet« (FAZ, 3.2.2023).

Auch Angela Merkel plauderte vor kurzem aus dem Nähkästchen. Die ehemalige Kanzlerin erklärte am 7. Dezember 2022 gegenüber der *Zeit* offen: »Das Minsker Abkommen 2014 war ein Versuch gewesen, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht. Die Ukraine von 2014/15 ist nicht die Ukraine von heute.«

Nicht nur Pierre de Gaulle, Enkel von Charles de Gaulle und Wirtschaftsberater, empört die »intellektuelle Unehrllichkeit in der Ukraine-Krise, denn die Kriegauslöser sind die Amerikaner und die NATO, und ich möchte als Beweis die jüngsten Äußerungen von Frau Merkel anführen, die sagte, sie habe nie die Absicht gehabt, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, die Minsker Abkommen, die ausgehandelt und unterzeichnet wurden, um die Sicherheit, Integrität und den Respekt der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass zu gewährleisten.«¹

Gemäß dem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag hätte Kiew das für die Ostukraine vereinbarte Recht auf Selbstverwaltung umsetzen



Signale der Deeskalation im Ukraine-Krieg an dem Ort, an dem der Westfälische Frieden ausgehandelt wurde? W. Münster, 4. November 2022

müssen. Das war alles andere als erwünscht, und Merkels Äußerung legt nahe, »Minsk II« vielmehr im Rahmen einer jahrelangen Hinhaltenaktik im Ringen um den zukünftigen Status der Ukraine zu verstehen – eine Finte mit fatalen Folgen für die betroffenen Regionen Donezk und Lugansk: Allein zwischen 2014 und 2018 zählte die UNO etwa 13.000 Tote und bis zu 30.000 Verletzte.

Hinlänglich bekannt ist inzwischen auch das US-Sponsoring antirussischer Kräfte seit Jahrzehnten. Bei beiden Umstürzen in Kiew flossen nicht geringe Summen aus Washington, immer im Namen von »Zivilgesellschaft« und »Demokratie«. Im Zuge der »Orangen Revolution« 2004 wurden zunächst prowestlich orientierte Chargen – Wiktor Juschtschenko als Präsident und die Ölmagnatin Julia Timoschenko als Premierministerin – installiert, dann fiel dem Putsch von 2014 Wiktor Janukowitsch, gewählter Präsident seit 2010, zum Opfer. Er hatte zuvor die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens mit der EU verweigert.

In den Jahren vor dem Putsch war viel Geld geflossen. Die US-Staatssekretärin für Außenpolitik Victoria »Fuck the EU!«-Nuland, die ukrainische Vorfahren hat, sprach in einem Gespräch mit dem US-Botschafter in Kiew am 28. Januar 2014, nur kurze Zeit vor der Flucht von Janukowitsch nach Russland, von fünf Milliarden US-Dollar.

Aktuelle Äußerungen Nulands bestätigen, dass sie sich treu geblieben ist. Sie sei »sehr erfreut darüber, dass Nord Stream 2 nun ein Haufen Metall auf dem Meeresgrund ist«. Inzwischen wurden die Ermittlungen zum von offiziellen Vertretern der USA bejubelten terroristischen Anschlag auf die für Westeuropa so wichtige Energieversorgungsleitung eingestellt.² Nordamerikanische Energiekonzerne »verkaufen ihr Gas vier- bis siebenmal teurer an die Europäer, als sie es für ihr eigenes Land tun, und leider

leidet in Europa jetzt jeder im Alltag darunter, denn all dies führt zu einer Wirtschafts- und Finanzkrise, die absolut beispiellos ist«, findet Pierre de Gaulle.

»Sondergerichtshof«

Die »Kriegsschuldigen« aber sollen weiterhin ausschließlich in Moskau sitzen, und inzwischen ertönt der Ruf, sie zu bestrafen. So forderte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) jüngst vor der Haager Akademie für Völkerrecht in einer »Grundsatzrede« ein internationales »Sondertribunal« nach ukrainischem Recht gegen die »Kreml-Führung«. Sie könne die »große Sorge« der Regierung in Kiew verstehen, dass Russland wegen seiner Aggression vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag nicht belangt werden könne, denn Moskau hat das Rom-Statut nicht unterzeichnet.

Ihr Vorstoß erfolge »im Einklang mit den USA«, merkte Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* das Ende Januar an. Die Vereinigten Staaten, die bereits unter Präsident William Clinton ihren Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof zurückgezogen hatten, wollten »unter Aufbietung all ihrer juristischen und diplomatischen Hilfstuppen« genau diesen Gerichtshof lahmlegen, »weil sie ihre Kriege und ihre Kriegführung nicht von einem Weltstrafgericht prüfen und aburteilen lassen wollen«. Stichworte: Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen ...

»Hilfstruppe« um Baerbock? Ihr Amtskollege im Justizministerium, Marco Buschmann (FDP), brachte ebenfalls jenen »Sondergerichtshof« ins Spiel. Entweder könne es sich »um ein ukrainisches Gericht, ein internationales Tribunal auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrags unter Beteiligung der Ukraine handeln«, oder »es gibt eine Mischform, ein sogenanntes hybrides Gericht, bei dem ein ukrainisches Gesetz einen Sondergerichtshof mit Beteiligung internationaler



ohl kaum. Annalena Baerbock mit ihrem US-amerikanischen Amtskollegen Antony Blinken im Rathaussaal zu

ROLF VENNENBERG/DPA-POOL/REUTERS

Richter schafft«, dozierte er Mitte Januar 2023. Das Jugoslawien-Tribunal, das die NATO-Angreifer unbehelligt ließ, derweil es recht einseitig Serben aburteilte, lässt grüßen.

Schuldige im eigenen Land

Besonders die deutschen Hauptakteure aus der höheren Politetage der Hauptstadt drehen weiter an der Eskalationsspirale und ordnen sich dem großen Bruder in Übersee und dessen hegemonialen Bestrebungen unter, die das Ende der Epoche der kapitalistischen Globalisierung unter unipolaren Vorzeichen kennzeichnen. Der Westen sichert seinen Einfluss, schottet sich dabei aber mehr und mehr vom Rest der Welt ab, droht gegebenenfalls mit Waffen und Sanktionen. Das überkommene internationale Beziehungsgeflecht steht absehbar vor dem Aus.

Die deutsche Politik mischt seit langem mit in der Ukraine. Schon in den Jahren 2013/14 fanden sich unter anderem der damalige Außenminister Guido Westerwelle (FDP), der EU-Außenpolitiker Elmar Brok (CDU), Marieluise Beck (Bündnis 90/Grüne) und Frank-Walter Steinmeier (SPD) in Kiew ein. Die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin verschlechterten sich fortwährend, was sich auch mit Antritt der Ampelkoalition nicht etwa änderte. Die aggressiven Töne zuvorderst von Baerbock Anfang Dezember 2021 in Paris und von der damaligen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) bei deren Truppenbesuch im Baltikum zu Weihnachten des gleichen Jahres ließen aufhorchen und Schlimmeres erahnen. Der regierungsinterne Streit um Nordstream 2 sprach Bände, was strategische Überlegungen der russophoben Kräfte anging.

Mit dem Einmarsch Russlands rekonstituierte sich dann in kürzester Zeit der »kollektive Westen« unter Führung der USA, die im Laufe des Krieges zum einzigen Gewinner dieser Entwicklung werden sollten. Nicht nur ihre Rüstungskonzerne

strichen Superprofite ein, »America first« galt – und gilt – nunmehr besonders auch für das Verhältnis zur EU. Die investierte zwar bisher 50 Milliarden Euro in den Krieg und erließ zehn Sanktionspakete gegen Russland, stieg aber gerade infolge dieser bedingungslosen Unterstützung der US-Pläne ab zum bloßen Vehikel im Kampf Washingtons gegen seinen »einzigen ernsthaften Rivalen« (FAZ, 6.2.2023) China.

Offensichtlich wird, so das Frankfurter Blatt, dass auch die europäischen »Spielräume für eine eigenständige China-Politik auf absehbare Zeit eng sein werden«. Die Konsequenzen für die Beziehungen Deutschlands zu seinem wichtigsten Handelspartner sind absehbar: Sie betreffen zuallererst Arbeitsplätze, besonders in der Autoindustrie.

Statt eine »Zeitenwende« zurück zur Entspannungspolitik im Kalten Krieg einzuleiten – wie unter Brandt –, wurde weiter zugespitzt und aufgerüstet, politisch wie militärisch. Das Ende bleibt offen. Die Grünen betätigen sich dabei als Avantgarde des Schreckens, und mittlerweile will auch der SPD-Kovorsitzende Lars Klingbeil vom rechten Seeheimer Kreises, ein ehemaliges Mitglied in den Präsidien der Lobbyvereine »Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik« und »Förderkreis Deutsches Heer«, »Putin zeigen, dass wir bereit sind, jeden Zentimeter des NATO-Territoriums zu verteidigen« (FAZ, 25.6.2022).

»Krieg gegen Russland«

Im zwölften Kriegsmonat schließlich redete Annalena Baerbock Klartext. »Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander«, erklärte die deutsche Außenministerin am 24. Januar 2023 vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Allgemeine Empörung über diese Aussage wäre zu anderen Zeiten geradezu selbstverständlich gewesen: Deutschland im Krieg gegen Russland, achtzig Jahre nach Stalingrad,

nach etwa einer Million Toten an der Wolga – eine noch vor einem Jahr undenkbare Vorstellung. Trotzdem wurde diese Formulierung in Politik und Medien hierzulande eher am Rande behandelt. Das Bundeskanzleramt wiegelte ab.

Über bereits länger andauernde Kontroversen zwischen Olaf Scholz und seiner Außenministerin wurde spekuliert, relativierende Erklärungen machten die Runde. Baerbock selber nannte die Sache zwei Wochen später – ausgerechnet bei der Verleihung des Karnevalsordens »Wider den tierischen Ernst« – einen »Versprecher«, von unbedachter Wortwahl und Übereifer war die Rede, davon, dass die Äußerung in größerem Kontext zu sehen sei, jedoch auch, dass die Ministerin übermüdet und überhaupt überfordert sei: Sie lege zwar viel Wert auf ein smartes Äußeres – mehr als 136.000 Euro aus dem Außenamtsressort seien »laut Medienberichten« (Focus, 25.1.2023) im vergangenen Jahr allein für ihr »Pudern, Schminken und Stylen« draufgegangen –, doch beweise sie mit ihrem rigoros eingesetzten Moralismus mal um mal mehr ihre Unfähigkeit zur Diplomatie, so Kritiker aus dem Ausland.

Jenseits der deutschen Grenzen besteht offensichtlich ein feineres Sensorium für die Gefahr, dass aus einem »Stellvertreterkrieg« ein direkter Krieg werden könnte, bei dem nicht nur die Ukraine das Schlachtfeld wäre. Der kroatische Präsident Zoran Milanovic, ein Sozialdemokrat, erzwang einen NATO-Austritt und kontierte ironisch: Wenn Deutschland sich im Krieg mit Russland befinden sollte, wünsche er »viel Glück, und dass es diesmal besser ausgeht (...)«.

Nach wie vor herrscht hierzulande und anderswo eine seltsame Entschlossenheit, weiterzumachen: mit mehr und schwereren Waffen. Inzwischen wird die Lieferung von Kampfjets in Betracht gezogen. Während in großen Teilen der Bevölkerung Skepsis verbreitet ist, wenn auch kaum berücksichtigt von der veröffentlichten Meinung, schreitet die grüne »Friedenspartei«, als die sie ihre beiden Vorsitzenden immer noch stoisch verkaufen möchten, weiter voran. Ihre Klientel ist mittlerweile zum wichtigsten Rückhalt der militarisierten Heimatfront mutiert.

»Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist weitgehend ein Sprachorgan der Grünen geworden«, vermerkte der Freitag Ende Januar. Der allergrößte Teil der Mainstreammedien – wenige Zeitungen und wenige Stimmen der Vernunft ausgenommen – versteht es blendend, Öl ins Feuer zu gießen, geißelt den Kanzler als zauderhaft, wenn er aus ihrer Sicht nicht schnell genug den durchgedrehten Scharfmachern folgt. Annalena Baerbock gleicht derweil programmatisch ihrem großen Vorbild Joseph Fischer. Sie bekennt freimütig, dass sie 2004 den Grünen beigetreten sei, als Fischer »die EU-Osterweiterung mit seinem polnischen Kollegen feierte«. Wie schon der alte Außenminister, ein treuer Follower der damaligen Amtskollegin Madeleine Albright, präsentierte sich Baerbock zum Antrittsbesuch bei ihrem Pendant Antony Blinken in Washington auffällig anbiedernd. Es entstehe der Eindruck, dass »kein Stück Papier zwischen sie passe«, wollte denn auch die Nachrichtenagentur dpa (5.1.2022) beobachtet haben.

Über die Transformation der Grünen von einer alternativen politischen Kraft zur unverzichtbaren Stütze des kapitalistischen Systems wurde bereits manches geschrieben; über die Hintergründe, wie und mit welchen Mitteln es den USA unter Präsident Biden konkret gelingen konnte, die Grünen fest an ihrer Seite zu plazieren, ebenfalls. Klärungsbedarf besteht dennoch: Immerhin ist das Umschalten auf einen klaren antirussischen Kurs in Europa nicht unerheblich mit der jeweiligen Regierung in Berlin verknüpft. Der Regierungswechsel ermöglichte erst, die seit langem infrage gestellte globale Führungsrolle der USA wieder anzuerkennen und in einen transatlantischen Solidaritätsrausch zu verfallen.

Die Zeit wird weitere Details ans Licht bringen, doch lässt sich jetzt schon sagen: Die Gründe für den politischen Kurswandel, der eine erhebliche Schwächung der EU als Global Player mit sich bringt, gehen auf die wirtschaftliche und militärische Potenz und das entsprechende Erpressungspotential der USA wie auf psychologische und ideologische Motive zurück. Dazu gehören – für das Gebiet der alten BRD und für Westberlin – die Russophobie und die ziemlich fest verankerte Legende von der Großartigkeit des »American Way of Life«.

»Demokratie« und »Freiheit« sind abstrakte Worthülsen geworden. Die Ukraine wird als Bastion der »westlichen Werte« präsentiert – in Position gegen die »autoritären Regime« in Moskau und Beijing. Im Zweifelsfall werden die bestehenden Beziehungen, etwa zu den Golfstaaten, schöngeredet und bleiben letztlich doch als Makel des »doppelten Maßstabs« kleben, der nicht wegzureden ist, sondern lediglich durch die Argumentation mit gegebenen, also »putin-bedingten«, Zwängen relativiert wird. Vizekanzler Robert Habeck über seinen Bückling in Katar: »Als Regierung mussten wir in einer sich ständig verändernden und zuspitzenden Krise agieren.« (Der Spiegel, 3/2023)

Im Spiegel-Interview erläutert er weiter: »Es ist mein Job«. Seine Arbeit als Politiker ist es, die Leute, die ihm zuhören – und das sind viele – von dummen Entscheidungen zu überzeugen und einzuwickeln. Er agiert dabei als eine Art »Hobby-Freud« (Wolf Maahn), appelliert an Gemeinschaft und Solidarität, wenn er den allgemeinen Verzicht unter Einsatz von Waschlappen und Kurzzeitduschen propagiert, und benutzt schon mal Zuckerbrot und Peitsche. »Es scheint gerade Lust am Untergang zu geben«, tut er die Kritik an seiner Politik ab und lobt zugleich seine Klientel, die sich klaglos in die politische Linie der Grünen fügt. »Menschen sind bereit, sich mit weniger zufriedenzugeben, damit wir als Land gut durchkommen« (Der Spiegel, 3/2023).

Alle in einem Boot: Die Menschen seien fähig zur Solidarität, befindet Habeck und ruft dazu auf, den Gürtel enger zu schnallen: »Und wenn jemand sagt, ich helfe nur, wenn ich noch mal 50 Euro krieg', würd' ich sagen: Die kriegst du nicht, Alter!« Gefragt nach der »frohen Botschaft für die Deutschen« antwortet er: »Sie lautet: Wenn wir uns zusammen anstrengen, dann können wir Erstaunliches erreichen. Das ist die Lehre aus dem vergangenen Jahr.« (Der Spiegel 3/2023) Er war einer der ersten aus der grünen Aufsteigergarde der vorgeblichen Waffenexportgegner, die die Aufrüstung der Ukraine verlangten: »Es war ein langer Weg von keinen Waffen zu ersten Panzerfäusten zu Panzerhaubitzen 2000, jetzt zu den Mardern. Das zeigt, dass wir die Unterstützung immer wieder anpassen.«

Opportunisten durch und durch

Eine Biegsamkeit von Positionen gilt durchweg für den inzwischen vollständig etablierten Typus grünen Spitzenpersonals. Es zeichnet sich mit Nuancen einheitlich dadurch aus, auswechselbar zu sein – zumindest was die politischen Positionen betrifft. Oppositionelle Meinungen – das war irgendwann gestern. Alle wie einer, eine wie alle, und mittlerweile fällt die ehemalige Sprecherin der Grünen Jugend und heutige Parteivorsitzende, Ricarda Lang, die »unangepasste Frau vom linken Flügel«, dadurch auf, dass selbst ihre Kleidung »jetzt zu der seriösen Politikerin, die sie sein will«, passt. »Nur wer sich den Realitäten anpasst, könnte nach oben und bleibt dort«, und sie habe halt, so der Spiegel (33/2022), »ein ausgeprägtes Talent für Machtfragen«.

Die Frage nach »Schuld« stellt sich im zwölften Monate noch immer nicht, sie ist entschieden und wird Ricarda Lang dementsprechend auch von der Berliner Zeitung (4.2.2023) nicht gestellt. Dafür die nach der »Lieferung von Kampfjets für die Ukraine«. Die Grüne weicht ihr geschmeidig aus. Die Debatte darum helfe derzeit nicht. »Jetzt geht es darum, die Lieferung der Leopard-Panzer auf den Weg zu bringen.«

■ Anmerkungen

- 1 Pierre de Gaulle im Interview mit Irina Dubois, verantwortliche Leiterin der Vereinigung »L'Association Dialogue Franco-Russe«, Dezember 2022, <https://youtu.be/HhJZjlox80>.
- 2 Siehe hierzu die jW-Themaseiten vom 11./12. und vom 13. Februar 2023

■ Gerd Schumann schrieb an dieser Stelle zuletzt am 4. Juni 2022 über den Bellizismus der Grünen.

■ Lesen Sie morgen auf den jW-Themaseiten:

In Verantwortung unterwerfen. Über Managementtheorien

Von Hermann Bueren